

Niederschrift

über die Sitzung des Schulausschusses am Donnerstag, dem 22.07.2010, 16:00 - 18:05 Uhr, im Städtische Wirtschaftsschule im Röthelheimpark, Artilleriestraße 25, Bibliothek.

Der Vorsitzende eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung der Mitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Schulausschuss genehmigt nach erfolgten Änderungen und Ergänzungen die nachstehende Tagesordnung:

Öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

1. Mitteilungen zur Kenntnis
- 1.1. Mittelbereitstellung für die Einrichtung einer Übergangslösung zur Mittagsbetreuung in der Pestalozzischule
- 1.2. Automat von Milchprodukten an Schulen 40/021/2010
Kenntnisnahme
- 1.3. Aufstellung eines Klettergerüsts auf dem Pausenhof der Grundschule Frauenaarach
- 1.4. Vorläufige Schülerzahlen im Schuljahr 2010/2011 40/029/2010
Kenntnisnahme
- 1.5. Erledigungsstand der Fraktionsanträge 40/031/2010
Kenntnisnahme
2. Übertrag und Verwendung des Budgetergebnisses 2009 des Amtes 40/034/2010
40
Beschluss
3. Festlegungen zum Arbeitsprogramm 2011 des Schulverwaltungsamtes 40/032/2010
Beschluss
4. Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker 40/025/2010/2
Gutachten
5. Eichendorffschule-Verlegung und Erneuerung von zwei Schulküchen 242/068/2010
(1. BA)
Beschluss der Vor-/Entwurfsplanung gem. DA-Bau Nr. 5.4 / 5.5.3
Gutachten
6. Bezuschussung der Mittagsbetreuung an Erlanger Grundschulen 40/028/2010
Beschluss
7. Anbau einer Pausenhalle mit Ganztagesbetreuung an der Max-und-Justine-Elsner-Schule, Sandbergstrasse 1 - 5, Beschluss gemäß DA- 242/040/2010
Beschluss

Bau 5.4 (Vorentwurfsplanung)

- | | | |
|-----|--|----------------------------|
| 8. | Vorschlag des Gebäudemanagements zum KGSt-Einsparungsvorschlag K74 (Verrechnung von Lehrerparkplätzen) | 243/003/2010
Gutachten |
| 9. | Vorlage des Schulentwicklungsplanes Teil II - Realschulen, Gymnasien und berufliche Schulen | 40/033/2010
Einbringung |
| 10. | Weiterbestand der didaktischen Angebote von "Solid";
Fraktionsantrag Nr. 252/2009 der SPD-Stadtratsfraktion | 40/030/2010
Beschluss |
| 11. | Anfragen | |

Die Sitzung wird anschließend nichtöffentlich fortgesetzt.

TOP: 1

Mitteilungen zur Kenntnis

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö		

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Protokollvermerk:

Herr Lohwasser weist die Schulausschussmitglieder auf die verteilten Einladungen zu einem Difu-Seminar zum Thema „Inklusion statt Integration“ in Berlin hin.

gez. Lohwasser
Vorsitzende/r

gez. Mahns
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

TOP: 1.1

Mittelbereitstellung für die Einrichtung einer Übergangslösung zur Mittagsbetreuung in der Pestalozzischule

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö		zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Protokollvermerk:

Die ursprünglich als Tischaufgabe im Schulausschuss vorgesehene Mittelbereitstellung konnte aufgrund der fehlenden Zustimmung des Finanzreferats nicht behandelt werden.

Sofern der Haushalt bis zum 29.07.2010 genehmigt wird, kann die Mittelbereitstellung direkt im Stadtrat behandelt werden.

Sollte der Haushalt bis dahin noch nicht genehmigt sein, wäre eine Eilentscheidung durch den OBM vorzubereiten, um die Finanzierung der Übergangslösung zur Mittagsbetreuung in der Pestalozzischule sicherzustellen.

gez. Lohwasser
Vorsitzender

gez. Mahns
Berichterstatterin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

I/40-2/WMN

40/021/2010

TOP: 1.2

Automat von Milchprodukten an Schulen

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

Die Mitglieder des Schulausschusses nehmen das Ergebnis der Umfrage zur Kenntnis.

II. Begründung

Die Umfrage erbrachte folgendes Gesamtergebnis:

Anzahl	Zur Versorgung unserer Schüler mit Milchprodukten...
1	haben wir bereits einen Automaten an der Schule.
17	werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
0	haben wir Interesse an der Anschaffung eines Automaten.
1	bevorzugen wir die Lösung über den Pausenverkauf.
10	halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.
4	sonstiges.

Im Detail gaben die Schulen folgende Rückmeldung:

Schule Zur Versorgung unserer Schüler mit Milchprodukten...

- ASS** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.
Begründung: Immer mehr Menschen vertragen keine Milchprodukte. Erdbeer-, Schoko- und Vanillemilch enthalten aber auch Schadstoffe (z. B. Zucker) die ungesund sind und zu Übergewicht führen.
- BRL** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.
- BRW** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- BUE** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.
- DEC** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.
- ELT** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- FRA** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.
Es findet kein Pausenverkauf statt.
- HKS** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- HGS** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.
Unsere Klassen werden mit Mineralwasser durch die Eltern versorgt.
Der Milchverkauf durch den Pausenverkauf hat sich nicht bewährt.
- LOS** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- MPS** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- PES** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.
An der Schule befindet sich auch ein Wasserspender der Erlanger Stadtwerke.
- TEN** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.
- BUN** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- FRS** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- EIC** bevorzugen wir die Lösung über den Pausenverkauf.
- EPS** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- HHS** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.
- SFZ** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- SFK** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.
- WVS** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- RAE** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- ASG** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- CEG** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- ENG** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig, da die vom Hausmeister angebotene Milch nicht angenommen wurde.
- GYF** werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- 40 M** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.

- OGY** bevorzugen wir die Lösung über den Pausenverkauf und den bereits bestehenden Kaffeeautomaten mit Kakao usw..
- FOS**
BOS werden im Pausenverkauf bereits Milchprodukte angeboten.
- 40 B** Der Pausenverkauf wird durch die Firma Knaus abgewickelt, welche einen Vertrag mit der Stadt Erlangen hat. Wir haben daher keinen Einfluss darauf.
- 40 T** trifft für uns nicht zu.
- 40 W** halten wir die Einleitung von Maßnahmen nicht für notwendig.

III. Abstimmung

Schulausschuss am 22.07.2010

Ergebnis/Beschluss:

Die Mitglieder des Schulausschusses nehmen das Ergebnis der Umfrage zur Kenntnis.

Protokollvermerk:

Auf Antrag von Frau Stadträtin Herzberger-Fofana wird die Mitteilung zur Kenntnis zum Tagesordnungspunkt erhoben.

gez. Lohwasser
Vorsitzender

gez. Mahns
Berichterstatteerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

TOP: 1.3

Aufstellung eines Klettergerüsts auf dem Pausenhof der Grundschule Frauenaaurach

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö		zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Protokollvermerk:

Frau Mahns berichtet über das Ergebnis einer Ortsbegehung am 21.07.2010

Mit der Schulleitung und dem Elternbeirat wurde in Absprache mit den beteiligten städt. Dienststellen und der Polizei festgelegt, dass nach Auswahl des Klettergerüsts und Ermittlung der Kosten mit der Maßnahme begonnen werden kann. Ziel ist es, mit Eigenleistungen von Eltern und dem angesparten Betrag des Fördervereins den Pausenhof mit einem Klettergerät, wie gewünscht auszustatten.

Die Kosten der Wartung sind durch das Schulverwaltungsamt aus dem Budget zu übernehmen. Dies gilt auch für die zusätzlich anfallenden Kosten für die Beförderung nach Herzogenaurach. Die Polizei wird noch mitteilen, wann die Kurse in Herzogenaurach stattfinden werden.

gez. Lohwasser
Vorsitzender

gez. Mahns
Berichterstatteerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

I/40-10/ T.2606

40/029/2010

TOP: 1.4

Vorläufige Schülerzahlen im Schuljahr 2010/2011

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Staatliches Schulamt, weiterführende Schulen und Privatschulen

I. Antrag

Die vorläufigen Schülerzahlen im Schuljahr 2010/11 werden zur Kenntnis genommen.

Die Klassenzahl der Berufsschule fehlt, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Klassenbildung noch nicht abgeschlossen ist.

Anlagen:

Entwicklung der Schüler- und Klassenzahlen an Erlanger Volksschulen, an weiterführenden Schulen und an Förderschulen.

III. Abstimmung

Schulausschuss am 22.07.2010

Ergebnis/Beschluss:

Die vorläufigen Schülerzahlen im Schuljahr 2010/11 werden zur Kenntnis genommen.

Die Klassenzahl der Berufsschule fehlt, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Klassenbildung noch nicht abgeschlossen ist.

gez. Lohwasser
Vorsitzender

gez. Mahns
Berichterstatteerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Mitteilung zur Kenntnis

I/40 MCA T.2605

40/031/2010

TOP: 1.5

Erledigungsstand der Fraktionsanträge

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Begründung

Beiliegende Übersicht zeigt den Bearbeitungsstand der Fraktionsanträge im Juli 2010 an.

Anlagen: Übersicht zum Erledigungsstand der Fraktionsanträge
SPD-Fraktionsantrag Nr. 064/2010 vom 24.6.2010

III. Abstimmung

Schulausschuss am 22.07.2010

Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

gez. Lohwasser
Vorsitzender

gez. Mahns
Berichterstatteerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

I/40/MCA

40/034/2010

TOP: 2

Übertrag und Verwendung des Budgetergebnisses 2009 des Amtes 40

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Beschluss	angenommen mit Änderungen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 20

I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2009 des Amtes 40 i.H.v. 234.705,88 € und dem vorgesehenen **Übertrag** von 206.031,06 EUR wird zugestimmt.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den **Übertrag** erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2009 i.H.v. 206.031,06 EUR und der Verwendung der Restmittel aus der Budgetrücklage besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 30 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2009 des Amtes 40 beträgt EUR 24.240,21

Es ist v. a. zurückzuführen auf deutliche Ansatzabweichungen bei folgenden Positionen:

Mehreinnahmen Gastschulbeiträge	1.177.753,-	EUR
Finanzierung der Container für RAE und ENG	486.000,-	EUR
Mehrausgaben Gastschulbeiträge	388.679,-	EUR
Mehrausgaben Schülerbeförderung	107.362	EUR
Mehrausgaben Ganztagsbetreuung	119.062,-	EUR
(doppelte Abrechnung in 2009, neu: Beiträge zur gebundenen Ganztagschule)		
Mehrausgaben Mittagsbetreuung an Grundschulen	74.074,-	EUR
Mehrausgaben Bäderbenutzung	20.049,-	EUR
Mehrausgaben Instandhaltung Schuleinrichtung	15.892,-	EUR
(Wartung + Reparatur der Kücheneinrichtung in Schulmensen, Umrüstung von Vitrinen auf Sicherheitsglas)		

In den Vermögenshaushalt wurden übertragen:

486.000,- € zur Finanzierung der Container in Realschule am Europakanal und Emmy-Noether-Gymnasiums (Deckung durch Mehreinnahmen bei den Gastschulbeiträgen).

Aufgrund der Verschiebung der Wertgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter von 410,- € auf 150,- € netto mussten außerdem 2009 verschiedene Ersatzbeschaffungen an Schulen erstmals aus dem Vermögenshaushalt gezahlt werden (z. B. Overhead-Projektoren, Klassenzimmerschränke,...), die Beträge wurden im jeweiligen Einzelfall entsprechend in den Vermögenshaushalt umgebucht.

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudget 2009 des Amtes 40 beträgt 225.194,12 EUR. Es ist zurückzuführen auf: überwiegend Einsparungen durch Alterszeitregelungen.

2.3 Das Arbeitsprogramm konnte 2009 wie geplant erfüllt werden.

2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

- | | | |
|-------|---------------|--|
| 2.5.1 | 43.025,28 EUR | Mehreinnahmen der VIBOS aus Entgelten der Kursteilnehmer; vertragliche Regelung, dass diese ausschließlich für Zwecke der VIBOS zu verwenden sind. Für die Beschaffung einer neuen Software wurden 2010 bereits größere Ausgaben notwendig. |
| 2.5.2 | 95.447,54 EUR | Reste in den Schulsubbudgets und den Bücherbudgets der Schulen. Diese sind zu 100 % zu übertragen. Die Schulen erwarten die Wiederbereitstellung, da aufgrund der Abweichung des Schuljahrs vom Haushaltsjahr, die Schulen Beschaffungen auch über den |

Jahreswechsel planen und durchführen.

2.5.3 67.558,24 EUR 30 %-iger Personalkostenbudgetübertrag an die städtischen Schulen

Insgesamt 206.031,06 EUR

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 40 in 2009

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2009	366.064,07
geplante Entnahmen 2009 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (07.05.2009)	
für Beschaffungen SFZ aus Spende der Fa. Defacto	25.000,- EUR
für Mittagsversorgung an der Eichendorffschule	25.000,- EUR
für Bücherbudgets und Schulsubbudgets der Schulen	118.237,37 EUR
für Schuleinrichtung der 3 städtischen Schulen	60.213,11 EUR
/. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss (geplante Entnahme wie oben dargestellt zzgl. Entnahme für IT-Unterstützung der VIBOS iHv. 29.092,84)	257.543,32
./abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	XX,XX
= gegenwärtiger Rücklagenstand	108.520,75
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Zweckgebunden für Softwareanschaffungen der VIBOS, da der Betrag zu 100 % aus Mehreinnahmen der VIBOS aus den Vorjahren resultiert	108.520,75
2.6.2	XX,XX
2.6.3	XX,XX

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. **206.031,06 EUR**

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2009)

Schulausschuss am 22.07.2010

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2009 des Amtes 40 i.H.v. 234.705,88 € und dem vorgesehenen **Übertrag** von 206.031,06 EUR wird zugestimmt.

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den **Übertrag** erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

1. Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2009 i.H.v. 206.031,06 EUR und der Verwendung der Restmittel aus der Budgetrücklage besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis.

Die Mitglieder des Schulausschusses befürworten die Wiederbereitstellung der Schulsubbudgets zu 100 %.“

Protokollvermerk:

Frau Stadträtin Pfister beantragt den Beschlusstext wie folgt zu ergänzen:

„Die Mitglieder des Schulausschusses befürworten die Wiederbereitstellung der Schulsubbudgets zu 100 %.“

Die Ergänzung wird einstimmig angenommen.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Lohwasser

Vorsitzender

gez. Mahns

Berichterstatteerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

I/40 MCA T. 2605

40/032/2010

TOP: 3

Festlegungen zum Arbeitsprogramm 2011 des Schulverwaltungsamtes

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

I. Antrag

Die neue inhaltliche Struktur des Arbeitsprogramms wird zur Kenntnis genommen. Es soll künftig als Grundlage für die Arbeitsprogramme in Ergänzung zum doppischen Haushalt verwendet werden..

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Die bisherigen Arbeitsprogramme werden durch eine neue Darstellung ersetzt. Die Ämter stimmen mit den Fachausschüssen die inhaltlichen Anforderungen für das Arbeitsprogramm 2011 ff ab.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:

€

bei IPNr.:

Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

III. Abstimmung

Schulausschuss am 22.07.2010

Ergebnis/Beschluss:

Die neue inhaltliche Struktur des Arbeitsprogramms wird zur Kenntnis genommen. Es soll künftig als Grundlage für die Arbeitsprogramme in Ergänzung zum doppelten Haushalt verwendet werden.

Protokollvermerk:

Auf Vorschlag von Frau Stadträtin Graichen werden die Mitglieder des Schulausschusses ihre Vorschläge zu den Schwerpunkten des Arbeitsprogrammes bis Ende Juli schriftlich bei Herrn Lohwasser einreichen.

Die Vorschläge werden dann ins Arbeitsprogramm eingearbeitet.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Lohwasser

Vorsitzende/r

gez. Mahns

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Ref. III /30 und Ref. I/ 40

40/025/2010/2

TOP: 4

Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Gutachten	mehrheitlich angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 20, Amt 51, Fachschule für Techniker

I. Antrag

Die Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker wird gemäß dem Entwurf vom 25.05.2010 (Anlage 1 mit Änderungen vom 14.06.2010 und vom 12.07.2010) begutachtet bzw. beschlossen.

Die Änderung der Satzung für die städtische Fachschule für Techniker wird gemäß dem Entwurf vom 15.06.2010 (Anlage2) begutachtet bzw. beschlossen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Einführung der Erhebung von Gebühren für die Teilnehmer am Unterricht der städtischen Fachschule für Techniker wird der Vorschlag Nr. 88 aus dem Bereich 40.4 der Kommunalen Stelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) umgesetzt. Der Zuschussbedarf für die städtische Einrichtung wird damit verringert.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Aufgrund der Gebührensatzung werden ab dem Schuljahr 2010/2011 Gebühren erhoben. Für Unterrichtsteilnehmer, die die Schule bereits im Schuljahr 2009/2010 besucht haben, wird im Rahmen einer Übergangsregelung kein Schulgeld erhoben.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Jahresgebühren werden jeweils zum 15. November fällig und mittels Gebührenbescheiden erhoben. Weitere Einzelfälle sind in der Satzung (Anlage 1) geregelt.

Nach Auskunft des Stadtjugendamtes (Ausbildungsförderung) erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFG) je nach Einkommensverhältnissen Leistungen zum Ersatz des Schulgeldes. Mit dieser Förderung wird die Sozialverträglichkeit des Schulgeldes sichergestellt.

4. Ressourcen

.....- entfällt -

Anlagen:

1 Entwurf der Gebührensatzung vom 25.05.2010 mit Änderungen vom 14.6.2010 und 12.7.2010.

1 Entwurf der Satzung für die städtische Fachschule für Techniker vom 15.06.2010.

1 Protokollvermerk vom 24.06.2010

III. Abstimmung

Schulausschuss am 22.07.2010

Ergebnis/Beschluss:

Die Gebührensatzung für die städtische Fachschule für Techniker wird gemäß dem Entwurf vom 25.05.2010 (Anlage 1 mit Änderungen vom 14.06.2010 und vom 12.07.2010) begutachtet bzw. beschlossen.

Die Änderung der Satzung für die städtische Fachschule für Techniker wird gemäß dem Entwurf vom 15.06.2010 (Anlage2) begutachtet bzw. beschlossen.

mit 8 gegen 5 Stimmen

gez. Lohwasser

Vorsitzender

gez. Mahns

Berichterstatlerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/242-1/VPA-2229

242/068/2010

TOP: 5

Eichendorffschule-Verlegung und Erneuerung von zwei Schulküchen (1. BA) Beschluss der Vor-/Entwurfsplanung gem. DA-Bau Nr. 5.4 / 5.5.3

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 14, Amt 20, Amt 40

I. Antrag

Der Schulausschuss begutachtet / der Bau- und Werksausschuss für den Entwässerungsbetrieb beschließt:

Der vorliegenden Vor-/Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zur Verlegung und Erneuerung der beiden Schulküchen in der Eichendorffschule (I. Bauabschnitt) wird gemäß DA-Bau 5.4 und 5.5.3 zugestimmt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Die beiden vorhandenen, 32 Jahre alten Schulküchen im Verwaltungsgebäude, sollen gegen zwei neue Schulküchen im Klassentrakt E ersetzt werden.
- Die im Verwaltungstrakt im Erdgeschoss befindliche Schulküche ist zu klein (48,07 m²) und soll gegen eine ausreichend große Schulküche (104,23 m²) ersetzt werden.
- Durch die Verlegung der Schulküche im 1. OG Verwaltungstrakt wird Raum geschaffen, um im 2. Bauabschnitt das zu kleine Lehrerzimmer (61,2 m²) durch ein ausreichend großes Lehrerzimmer (77,39 m²) mit Silentium (30,52 m²) zu ersetzen (die Finanzierung des II. Bauabschnittes ist noch nicht gesichert).
- Der frei werdende Raum im EG des Verwaltungstraktes soll als Gruppenraum genutzt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Beide Schulküchen sollen in den Klassentrakt E verlegt und übereinander angeordnet werden, was zu einer wirtschaftlichen Lösung der haustechnischen Installationen beiträgt.

Die Schulküchen erhalten jeweils einen Garderoben- und einen Lehrmittelraum. Im Lehrmittelraum befinden sich neben den Vorräten ein Gefrierschrank und eine Waschmaschine mit Trockner, zum Waschen der Küchentextilien.

Der Lehrmittelraum im Erdgeschoss des Klassentraktes wird neu geschaffen, indem das Treppenhaus mit einer leichten Trennwand (Gipskarton) abgeteilt wird. Der Lehrmittelraum für die Küche im 1. OG ist ein vorhandener Nebenraum.

Die Küchen sind in einen Koch- und einen Unterrichts- und Essbereich (mit Tafel und PC-Arbeitsplatz) aufgeteilt.

Es werden die vorhandenen Estriche gegen Gussasphaltestriche ausgetauscht.

Die Küchen werden mit vier Kochinseln für jeweils vier Schüler ausgestattet. Über jeder Kochinsel wird eine Dunstabzugshaube zur Entlüftung des Kochbereichs angeordnet.

Die Küchen erhalten abgehängte Hygienedecken. Die Decke im Erdgeschoss wird zweischalig ausgebildet, so dass eine 90-minütige Feuerwiderstandsdauer gegenüber dem 1. OG erreicht wird.

Die Treppenhausverglasung des Klassentraktes E ist aus Gründen des Brandschutzes gegen eine F30-Verglasung auszutauschen.

Die Küchen, Garderobenräume und Lehrmittelräume werden mit Linoleum-Belag ausgestattet. Alle Decken und Wände werden mit Dispersionsfarbe neu gestrichen.

Die Baumaßnahme soll im November 2010 begonnen werden und wird Ende Februar 2011 abgeschlossen sein.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Bauliche Umsetzung der Ausführungsplanung durch Ausschreibung und Vergabe nach Gewerken gemäß VOB/A.

Die Projektleitung für den Hochbau erfolgt durch Amt 24/GME, Abt. 242-1, SG Bauunterhalt.

2. Die Projektleitung für die Haustechnik erfolgt durch Amt 24/GME, Abt. 242-2, SG Betriebstechnik.

3. Für die Planung der elektrotechnischen Anlagen wird ein Ingenieurbüro beauftragt.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	477.000 €	bei IPNr.:
Sachkosten:	- €	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	- €	bei Sachkonto:
Folgekosten	1.500 €/Jahr	bei Sachkonto: 521112
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Die Folgekosten beziehen sich auf die Wartungskosten der Lüftungsanlage.

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden (siehe Tabelle)
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden (siehe Tabelle)

Kostenübersicht I. BA:

Kostengruppe	Bezeichnung	Gesamtbetrag brutto
200	Herrichten und Erschließen	43.435,00 €
300	Bauwerk - Baukonstruktionen	201.802,60 €
400	Bauwerk – Technische Anlagen	198.138,07
500	Außenanlagen	-- €
600	Ausstattung und Kunstwerke	214,20 €
700	Baunebenkosten	34.000,00 €
	Gesamtkosten incl. 19% MwSt.	477.589,87 €
	Zur Abrundung	- 589,87 €
	Gesamtkosten gerundet:	477.000,00 €
	Zuweisung gem. Art. 10 FAG	152.000,00 €
	Eigenfinanzierung Stadt Erlangen	325.000,00 €

Finanzierung:

	HH-Mittel	Kostenstelle	Kostenträger
Vorhandene HH-Mittel Amt 24	150.700 €	920371	21210024
Haushaltsrest Amt 40	89.000 €	400090	21210010
Einrichtungskosten Amt 40	83.300 €	400090	21210010
Summe:	323.000 €	---	---
Benötigte HH-Mittel I. BA:	477.000 €	---	---
Finanzierung in 2011	154.000 €	---	---
Benötigte HH-Mittel II. BA	332.000 €	---	---

Die Bereitstellung der HH-Mittel für 2011 in Höhe von 154.000 € wird von Amt 40 beantragt. Der II. BA ist nicht finanziert und kann erst nach Bereitstellung der HH-Mittel umgesetzt werden.

Zuwendungen:

Mit Bescheid vom 19.05.2010 hat die Regierung von Mittelfranken dem vorzeitigen Maßnahmenbeginn zugestimmt.

Unter Zugrundelegung eines Fördersatzes von 38,00 v. H. ergibt sich eine Gesamtzuweisung gem. Art. 10 FAG für den I. BA in Höhe von rd. 152.000 €.

Anlagen: Pläne

III. Abstimmung

Schulausschuss am 22.07.2010

Der Schulausschuss begutachtet / der Bau- und Werksausschuss für den Entwässerungsbetrieb beschließt:

Der vorliegenden Vor-/Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zur Verlegung und Erneuerung der beiden Schulküchen in der Eichendorffschule (I. Bauabschnitt) wird gemäß DA-Bau 5.4 und 5.5.3 zugestimmt.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Lohwasser

Vorsitzender

gez. Mahns

Berichterstatterin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

I/40-12/AMK

40/028/2010

TOP: 6

Bezuschussung der Mittagsbetreuung an Erlanger Grundschulen

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Regierung von Mittelfranken, Staatliches Schulamt in der Stadt Erlangen, verschiedene Grundschulen.

I. Antrag

Die Stadt Erlangen bezuschusst die an den öffentlichen Schulen im Schuljahr 2010/2011 gemeldeten Mittagsbetreuungen in Höhe des vom Freistaat Bayern gewährten Zuschusses (pro Gruppe rd. 3.323 € bzw. verlängerte Mittagsbetreuung pro Gruppe rd. 7.000 €) mit insgesamt 228.305 €.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Auf Grund des hohen Interesses seitens der Eltern (die Anzahl der Betreuungsgruppen erhöht sich von Schuljahr zu Schuljahr) ist diese Betreuungsform an den Erlanger Grundschulen fortzusetzen, auch wenn diese Zuschussung eine freiwillige Leistung der Stadt Erlangen ist. Dieses bestehende und umfangreiche Betreuungsangebot ist ein wichtiger Bestandteil der "Schulstadt Erlangen" und zudem ein wesentlicher Beitrag zum Projekt "kind- und familienfreundliche Kommune".

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Stadt Erlangen unterstützt finanziell die Mittagsbetreuungen sowie die verlängerten Mittagsbetreuungen an Erlanger Schulen.

Die Mittagsbetreuung ermöglicht an Grundschulen eine Beaufsichtigung von Schülerinnen und Schülern vom Ende des stundenplanmäßigen Vormittagsunterrichts bis etwa 14 Uhr. Sie unterstützt die Erziehungsarbeit des Elternhauses und der Schule. Das Gelingen erfordert eine enge Zusammenarbeit aller an der Mittagsbetreuung Beteiligter (Träger, Schulleitungen, Lehrkräfte, Betreuungspersonal, Hausmeister, Eltern).

In Erlangen wird die Mittagsbetreuung von Elternbeiräten, Förderkreisen, gemeinnützigen Einrichtungen und Kirchengemeinden wahrgenommen.

Die Finanzierung erfolgt je zu einem Drittel über

- monatliche Unkostenbeiträge der Eltern

- Zuschüsse der Kommune

- Zuschüsse des Freistaates Bayern für die Mittagsbetreuung an staatlichen Volksschulen.

Die Höhe ist von den vom Landtag bewilligten Mitteln abhängig und beträgt zur Zeit 3.323 € für Mittagsbetreuung bzw. 7.000 € für die verlängerte Mittagsbetreuung je Gruppe. Die Zuschüsse des Freistaates Bayern werden den Trägern direkt ausbezahlt.

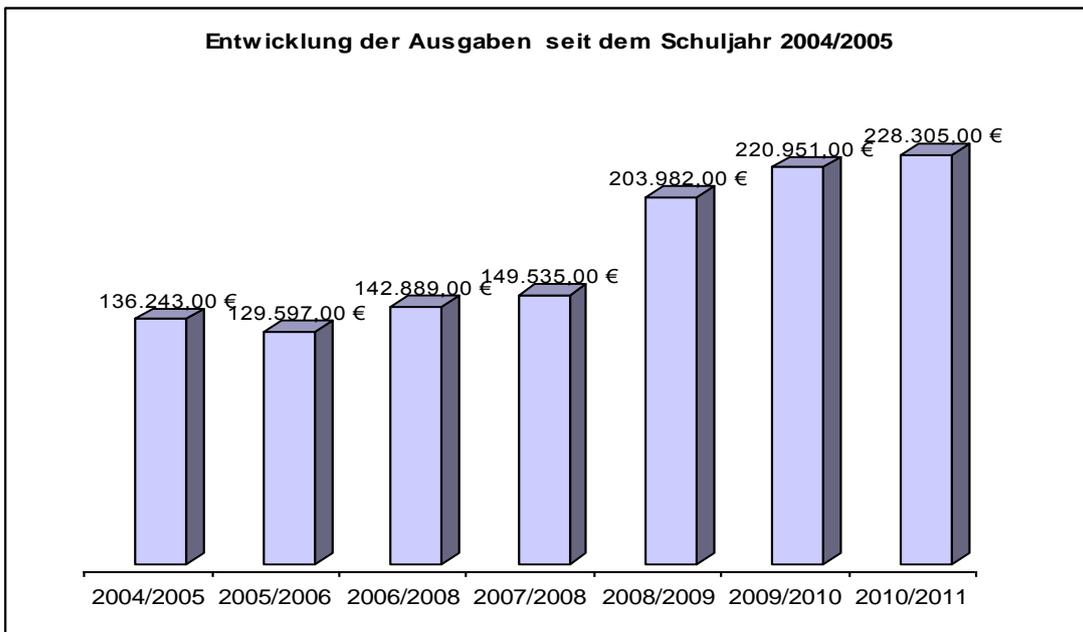
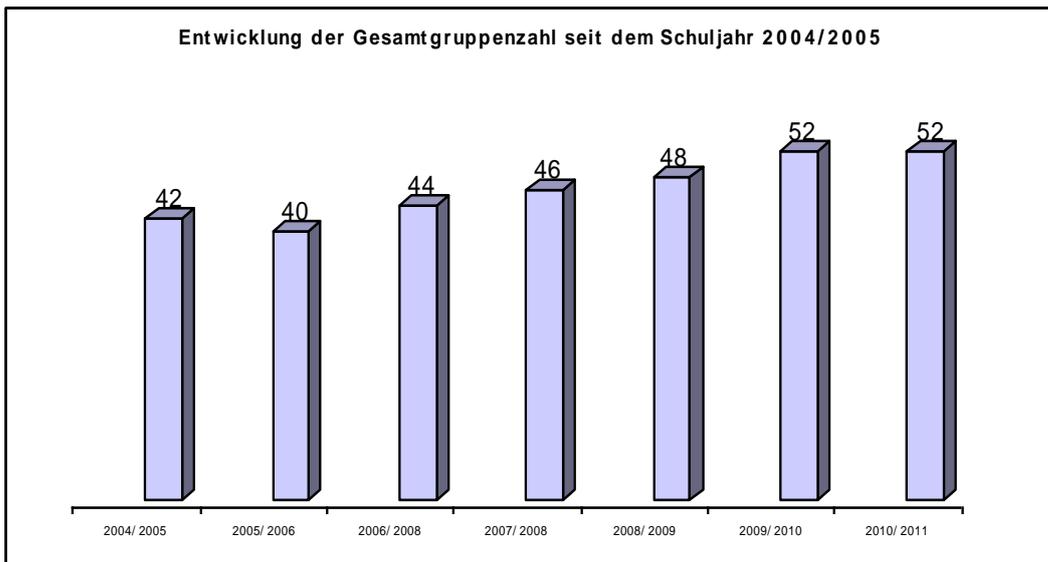
An der Mönaschule gibt es im kommenden Schuljahr auf Grund fehlender Anmeldungen keine Mittagsbetreuung.

Mittagsbetreuungen im Schuljahr 2010/2011:

Anzahl der Gruppen sowie Förderungssummen

Schule	verlängerte		verlängerte		Förderung
	MiBe	MiBE	MiBe	MiBe	
	2009/2010	2009/2010	2010/2011	2010/2011	
GS Adalbert-Stifter	6	1	6	1	23.615,00 €
GS Max- und Justine Elsner	1	keine	2	keine	6.646,00 €
GS Brucker Lache	2	keine	2	keine	6.646,00
GS Büchenbach	2	1	1	2	17.323,00 €
GS Heinrich-Kirchner	5	1	5	1	23.615,00 €
GS Hermann-Hedenus	2	2	2	2	20.646,00 €
GS Loschgeschule	2	1	2	1	13.646,00 €
GS Michael-Poeschke	3	1	3	1	16.969,00 €
GS Pestalozzi	4	2	2	3	27.646,00 €
GS Dechsendorf	3	2	3	2	23.969,00 €
GS Frauenaurach	5	keine	6	keine	19.938,00 €
Mönaschule	1	keine	keine	keine	0,00 €
GS Friedrich-Rückert	1	2	1	2	17.323,00 €
GS Tennenlohe	1	1	1	1	10.323,00 €
Summe:	38	14	36	16	228.305,00 €

Im kommenden Schuljahr 2010/2011 bleibt die Gesamtanzahl der Mittagsgruppen unverändert. Es ergibt sich lediglich eine Verschiebung zugunsten der verlängerten Mittagsbetreuung.



3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Zuverlässige Bezuschussung dieser Mittagsbetreuungen.

Die Gemeinde Buckenhof übernimmt für eine Gruppe der Adalbert-Stifter-Schule den kommunalen Zuschuss, so dass die Stadt Erlangen letztlich 51 Gruppen mit einem Gesamtvolumen von 228.305 € (35 Gruppen je 3.323 € bzw. 16 Gruppen je 7.000 €) bezuschussen wird. Die Auszahlung der städtischen Zuschüsse erfolgt in zwei Teilzahlungen, die 1. Rate im Oktober 2010 die 2. Rate Anfang des Haushaltsjahres 2011.

4. Ressourcen

Haushaltsmittel sind im Budget des Schulverwaltungsamtes vorhanden.

III. Abstimmung

Schulausschuss am 22.07.2010

Ergebnis/Beschluss:

Die Stadt Erlangen bezuschusst die an den öffentlichen Schulen im Schuljahr 2010/2011 gemeldeten Mittagsbetreuungen in Höhe des vom Freistaat Bayern gewährten Zuschusses (pro Gruppe rd. 3.323 € bzw. verlängerte Mittagsbetreuung pro Gruppe rd. 7.000 €) mit insgesamt 228.305 €.

Protokollvermerk:

1. Frau Stadträtin Graichen möchte darüber informiert werden, über welche Berufsausbildungen die in der Mittagsbetreuung eingesetzten Personen verfügen. Die Verwaltung sagt eine Abfrage bei den Trägern der Mittagsbetreuungen zu und wird über das Ergebnis erneut berichten.

2. Frau Stadträtin Traub-Eichhorn bittet um die Zusendung einer Liste aller Träger der Mittagsbetreuungen. Die Verwaltung sagt dies zu.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Lohwasser

Vorsitzender

gez. Mahns

Berichterstatteerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/242-1/RHK

242/040/2010

TOP: 7

Anbau einer Pausenhalle mit Ganztagesbetreuung an der Max-und-Justine-Elsner-Schule, Sandbergstrasse 1 - 5, Beschluss gemäß DA-Bau 5.4 (Vorentwurfsplanung)

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Amt 14, Amt 20, Amt 40, Amt 63, Amt 24/GME

I. Antrag

Der Bauausschuss / Werkausschuss Entwässerungsbetrieb beschließt:

Der vorliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zum Anbau einer Pausenhalle mit Ganztagesbetreuung an der Max-und-Justine-Elsner-Schule wird gemäß DA-Bau 5.4 zugestimmt. Auf den Beschluss des Schulausschusses vom 12.02.2009 zur Einführung der Ganztagesbetreuung an der Max-und-Justine-Elsner-Schule wird inhaltlich verwiesen

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Schaffung eines neuen großzügigeren Eingangsbereiches mit Orientierung nach Süden.
- Bereitstellung eines überdachten Pausenbereiches.
- Schaffung der notwendigen Räumlichkeiten durch den bereits vollzogenen Beschluss vom 12.02.2009, dass die Schule eine Ganztageschule wird.
- Flexible Nutzbarkeit der Pausenhalle mit dem Speiseraum durch Einsatz einer mobilen Trennwand.
- Eine Erweiterung des Schulhofes ist im Bereich des momentan nicht genutzten Schulgartens möglich.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Bauliche, haustechnische und energetische Baumaßnahmen (siehe Erläuterungsbericht).

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Bauliche Umsetzung der Ausführungsplanung durch gewerkeweise Vergabe nach VOB/A.

Projektleitung: Amt 24/GME, 242-1 SG Bauunterhalt, Herr Rau

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten: 928.000,00 € bei IPNr.: 211C.420/400

Folgekosten 63.560,00 € bei Sachkonto:

Korrespondierende Einnahmen € bei Sachkonto:

Weitere Ressourcen *

Zusammenstellung der Kosten					
	Summe 100 Grundstück				1.000,00 €
	Summe 200 Herrichten und Erschließen				2.100,00 €
	Summe 300 Bauwerk-Baukonstruktionen				697.569,19 €
	Summe 400 Bauwerk-Technische Anlagen				70.616,73 €
	Summe 500 Außenanlagen				17.727,20 €
	Summe 600 Ausstattung und Kunstwerke				0,00 €
	Summe 700 Baunebenkosten				139.907,90 €
	Gesamtkosten einschl. Umsatzsteuer 19 %				928.921,02 €
	Zur Abrundung				
	Gesamtkosten einschl. Umsatzsteuer 19 %				928.000,00 €

Haushaltsmittel von 90.000,00 € für 2010 und 250.000,00 € für 2011 sind auf der IVPNr. 211C.420 eingestellt!

Haushaltsmittel von 50.000,00 € für 2010 sind durch den CSU Stadtratsantrag 317/09 auf der IVPNr. 211C.400 eingestellt!

Für die Restsumme von 538.000,00 € werden Mittel beantragt.

Einsatz sonstiger Ressourcen:

*Ein Zuwendungsantrag bei der Regierung von Mittelfranken wird bis zum 04.10.2010 eingereicht. Die Bezuschussung der Maßnahme im Rahmen des § 10 FAG wurde in Aussicht gestellt.

Anlagen: Erläuterungsbericht
Pläne

III. Abstimmung

Schulausschuss am 22.07.2010

Der Bauausschuss / Werkausschuss Entwässerungsbetrieb beschließt:

Der vorliegenden Entwurfsplanung mit Kostenberechnung zum Anbau einer Pausenhalle mit Ganztagesbetreuung an der Max-und-Justine-Elsner-Schule wird gemäß DA-Bau 5.4 zugestimmt. Auf den Beschluss des Schulausschusses vom 12.02.2009 zur Einführung der Ganztagesbetreuung an der Max-und-Justine-Elsner-Schule wird inhaltlich verwiesen

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Lohwasser

Vorsitzender

gez. Mahns

Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

VI/243-10/BDA-2658

243/003/2010

TOP: 8

Vorschlag des Gebäudemanagements zum KGSt-Einsparungsvorschlag K74 (Verrechnung von Lehrerparkplätzen)

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Gutachten	vertagt

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Ref. I / Hr. Lohwasser

I. Antrag

Beantwortung des KGSt-Einsparungsvorschlages mit Ergänzung durch den Protokollvermerk K74
(„Es sollen 25.000,00 € eingenommen werden, indem bisher gebührenfreie Stellplätze, insbesondere für Lehrkräfte, künftig bezahlt werden müssen.“).

Es wird um Entscheidung gebeten, ob die Planungen zur Verrechnung von Lehrerparkplätzen mit dem genannten Verrechnungsschlüssel weiter verfolgt und konkretisiert werden sollen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Einnahmen aus der Verrechnung von Lehrerparkplätzen
- Gleichbehandlung aller Schulen
- Gleichbehandlung mit städtischen Beschäftigten

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Verrechnung von Lehrerparkplätzen nach einem festgelegten Schlüssel

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Siehe 2.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Hintergrund für die derzeitigen Parkrichtlinien (ParkRL)

Die Parkrichtlinien in ihrer jetzigen Form wurden 1997 gefasst, um den Bus-Bahn-Zuschuss (BBZ) von 15.337,76 € (30.000 DM) zu refinanzieren. Dieser sollte auf Vorschlag des Finanzreferates ersatzlos gestrichen werden. Seit Einführung der Parkrichtlinien werden die Mitarbeiter, die einen kostenpflichtigen Parkplatz nutzen, in Form eines monatlichen Stellplatzentgeltes an den Kosten beteiligt. Der monatliche Beitrag liegt zwischen 5,11 € und 25,56 €.

Einbeziehung der Schulen

Die Einführung der Parkrichtlinien wurde vom Personalrat mitgetragen, nachdem es von Anfang an erklärtes Ziel war, die Entgeltspflicht auch auf den Bereich der Schulen auszudehnen und damit eine Gleichbehandlung mit den städtischen Beschäftigten sicherzustellen. Die Einbeziehung der Schulen wird auch seitens des Rechnungsprüfungsamtes dringend angemahnt.

Nach längeren, teils zähen Verhandlungen konnten im Jahr 1999 mit einem Teil der Schulen (die drei städtischen Schulen + sechs staatliche Schulen im Innenstadtbereich) Entgeltvereinbarungen getroffen werden. Diese sehen ein jährliches Stellplatzentgelt von 51,13 € (monatlich 4,26 €) vor. Von diesen Einnahmen fließen wieder 50 % zweckgebunden an die jeweilige – staatliche - Schule zurück.

Eine Einführung bei den restlichen 22 Schulen, die sich vor allem in den Vororten befinden, scheiterte vor allem an den zahlreichen Parkmöglichkeiten außerhalb des Schulparkplatzes.

Eine Übersicht aller Schulen befindet sich im Anhang.

Mieter-Vermieter-Modell

Ursprünglich war geplant, die Lehrerparkplätze im Rahmen des Mieter-Vermieter-Modells weiterzuverrechnen. Dieses Konzept befindet sich noch im Aufbau und wird in absehbarer Zeit nicht zur Umsetzungsreife gebracht werden.

Vorschlag zur Verrechnung von Lehrerparkplätzen an allen Schulen

Diskussionspunkt bei den Verhandlungen mit den Schulen war u. a. die Anzahl der tatsächlich genutzten Stellplätze und die Notwendigkeit von Lehrerparkplätzen allgemein.

Aus diesem Grund wird nunmehr auf eine allgemein gültige Regelung zurückgegriffen:

Die **bauaufsichtliche Stellplatzsatzung der Stadt Erlangen** enthält bereits einheitliche Festlegungen zum Mindestbedarf an Stellplätzen für Schulen im Stadtgebiet Erlangen auf Basis der Klassenanzahl. **Diese sieht vor, dass für jede Schulklasse 1 Stellplatz (Grund- und Hauptschulen) bzw. 1,25 Stellplätze (weiterführende Schulen) vorhanden sein sollten. Dieser Mindestbedarf bietet sich somit als genereller Schlüssel für die pauschale Verrechnung von Lehrerparkplätzen an.**

Umsetzung des Vorschlages

Das Stellplatzentgelt wird den Schulen künftig in einer Summe verrechnet. Die jeweilige Schule kann durch einen selbst festgelegten Verrechnungssatz ihre Lehrkräfte und Mitarbeiter beteiligen und dadurch besondere Gegebenheiten (Eingruppierung, Arbeitszeit, Wohnort, Gehbehinderung etc.) berücksichtigen. Dies ist bereits gängige Praxis bei einem Teil der bisher beteiligten Schulen. Zusammengefasst bietet dieses System folgende Vorteile:

- da der Mindeststellplatzbedarf zugrundegelegt wird, muss die Anzahl der tatsächlich genutzten Stellplätze nicht stetig neu verhandelt werden
- stabiler Verrechnungssatz, der sich nur bei Veränderungen der Klassenanzahl ändert
- geringer Verwaltungsaufwand (im Vergleich zu Einzelverträge mit den einzelnen Nutzern)
- Vergabe- und Weiter-Verrechnungshoheit liegt bei den Schulen

Die bestehenden Verträge mit den bereits beteiligten Schulen aus dem Jahr 1999 werden dadurch hinfällig.

Finanzielles (siehe auch Anhang – Übersicht Schulen) (Zahlen vorbehaltlich einer genaueren Überprüfung)

Die nach o. g. Schlüssel errechneten Stellplätze werden künftig mit einem allgemeingültigen Stellplatzentgelt von jährlich 50,00 € (monatlich 4,17 €) verrechnet. Dadurch lassen sich Erträge von insgesamt rund 28.000,00 € jährlich erwirtschaften.

Zum Vergleich: Von den bisher beteiligten Schulen wurden 2009 insgesamt 9.861,05 € eingenommen, wovon 2.794,25 € zurück in das Schulbudget geflossen sind. Das ergibt für 2009 einen tatsächlich Ertrag von 7.056,80 €.

Andere Städte zum Vergleich

Eine Umfrage bei anderen Städten brachte u. a. folgendes Ergebnis:

- Die **Stadt Nürnberg** verrechnet im Innenstadtbereich (innerhalb des sog. Mittleren Rings) ein **monatliches Stellplatzentgelt von 23,00 €**, auch an staatliche Lehrkräfte.
- Die **Stadt Fürth** verlangt von den Lehrkräften ein **monatliches Stellplatzentgelt von derzeit 13,00 € im Innenstadtbereich und 10,00 € außerhalb**. Ab 2011 erfolgt die Einführung eines einheitlichen Stellplatzentgeltes.
- Die **Stadt Regensburg** berechnet ihren Mitarbeitern und allen Lehrkräften ein **monatliches Stellplatzentgelt von 8,75 € bis 16,50 €**, abhängig vom Zustand des Parkplatzes (überdacht, im Freien) und einer möglichen Gehbehinderung.

Fazit:

Mit der bauaufsichtlichen Stellplatzsatzung gibt es einen Verrechnungsschlüssel für eine möglichst gleichmäßige Belastung der einzelnen Schulen. Dadurch werden Erträge von rund 28.000,00 jährlich erzielt.

Im Hinblick auf die Vergleichsstädte (Nürnberg, Fürth, Regensburg) ist der Erlanger Verrechnungssatz deutlich günstiger.

Die meisten Schulen haben 1999, trotz niedriger Verrechnungssätze, enormen Widerstand gegen die Verrechnung der Stellplätze geleistet. Es wird deshalb um Entscheidung gebeten, ob die Planungen zur Verrechnung von Lehrerparkplätzen weiter verfolgt und konkretisiert werden sollen.

Beschluss:

Die allgemeine Verrechnung von Lehrerparkplätzen soll weiterverfolgt werden. Sie ist anhand des genannten Verrechnungsschlüssels durchzuführen.

Anlagen: Übersicht Schulen

III. Abstimmung

Schulausschuss am 22.07.2010

Protokollvermerk:

Frau Städtlerin Graichen und Frau Stadträtin Traub-Eichhorn haben verschiedene Fragen zur Ausführung des Einsparvorschlages. Es wird vereinbart, dass diese Fragen schriftlich beim GME/ Herrn Kirschner eingereicht werden und die weitere Behandlung in der Sitzung des Schulausschusses am 07.10.2010 erfolgt.

gez. Lohwasser
Vorsitzender

gez. Mahns
Berichterstatteerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Ref. I/40 MCA T. 2605

40/033/2010

TOP: 9

Vorlage des Schulentwicklungsplanes Teil II - Realschulen, Gymnasien und berufliche Schulen

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Einbringung	zur Kenntnis genommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Schulleitungen, Amt 30 S, Amt 24, Amt 61, Regierung von Mittelfranken¹

I. Antrag

Der Schulentwicklungsplan Teil II wird zur Kenntnis genommen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind in die mittelfristige Finanzplanung einzubringen und entsprechend umzusetzen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

In den letzten zehn Jahren haben sich die Schülerströme von den Hauptschulen hin zu den Realschulen und Gymnasien entwickelt. Dies macht sich insbesondere bemerkbar beim Angebot an Klassen- und Fachräumen dieser Schularten und führt zu entsprechenden Defiziten in der Schulraumversorgung. Im Schuljahr 2009/2010 wurden zusätzliche mobile Klassenzimmer für das Emmy-Noether-Gymnasium und für die Realschule am Europakanal bereitgestellt. Im Schuljahr 2010/2011 wird letztmalig mit der 13. Jahrgangsstufe des Gymnasiums das Klassenraumdefizit noch ansteigen.

Ab dem Schuljahr 2011/2012 wird bei den Gymnasien eine Entspannung bei der Schulraumversorgung eintreten. Engpässe bleiben beim Albert-Schweitzer-Gymnasium, beim Christian-Ernst-Gymnasium und beim Emmy-Noether-Gymnasium bestehen. Diese Engpässe sind in den kommenden Schuljahren aufzufangen, vorwiegend mit einer Optimierung des Raumbestands bzw. weiteren Anmietungen von Unterrichtsräumen für das Christian-Ernst-Gymnasium.

Trotz der Bereitstellung von zwei zusätzlichen mobilen Klassenräumen im Schuljahr 2009/2010 bleibt nach der Schülerprognose für die Realschule am Europakanal mittel- und langfristig ein Raumdefizit bestehen. Die Schulleitung verweist auf das bestehende Fachraumprinzip, mit

dem dieses Defizit bislang ausgeglichen werden konnte. Da für die Werner-von-Siemens-Realschule ab dem Schuljahr 2013/2014 ein Schülerrückgang zu erwarten ist, kann für den nötigen Ausgleich zwischen den beiden Schulen gesorgt werden.

Für beide Realschulen sind Investitionen in Speise- und Aufenthaltsräume für die offene und gebundene Ganztagschule erforderlich, um den Bestand der Ganztagschule zu erhalten.

Für die beruflichen Schulen sind folgende Ergebnisse zu verzeichnen:

In der Fach- und Berufsoberschule wird ein weiterer Unterrichtsraum benötigt. Dieser ist im Schulgebäude durch eine Optimierung des Raumbestands herzustellen.

Räumliche Veränderungen und ggfs. Erweiterungen sind auch für die Technikerschule vorzusehen.

Bei der Staatlichen Berufsschule sind im Zusammenhang mit der Kompetenzbildung alte Werkstätten und alte Maschinenanlagen umzubauen bzw. zu entfernen, um notwendige Fachräume für Informatik einrichten zu können.

Nach der vorliegenden Bestandsaufnahme für die Schulsportanlagen ergibt sich ein zusätzlicher Bedarf von weiteren Übungsstätteneinheiten im Bereich des Schulzentrums West und für das Ohm- und das Marie-Therese-Gymnasium.

Die Ergebnisse des Schulentwicklungsplans Teil II sind im Einzelnen aus der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen:

Schule	Schülerentwicklung - Zügigkeit		Raumbilanz		Maßnahmen
	2010 - 2014	2015 - 2019	2010 - 2014	2015 - 2019	
Realschulen					
WvS	4,4 bis 4,3	4,2 bis 4	2 bis 3	4	<ol style="list-style-type: none"> 1. Schaffung eines Speise- und Aufenthaltsbereichs für die offene und gebundene Ganztagschule, Planung 2010 und Anmeldung zum Finanzhaushalt 2011 2. Sanierung der Turnhalle 2010 I. Bauabschnitt mit Ausstattung nach dem "Würzburger Modell" als Pilotprojekt im Rahmen der Bildungsoffensive, Impulsjahr 2010 im Schwerpunkt Schulsport 3. Sanierung der Turnhalle II. Bauabschnitt, 2010 bis 2014 4. Die Sanierung des Schulgebäudes (Baujahr 1966) ist im Rahmen des Bauunterhalts bzw. im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung vorzusehen.
RAE	5,8 bis 5,7	5,6 bis 5,4	-7 bis -6	-6 bis -4	<ol style="list-style-type: none"> 1. Schaffung eines Speise- und Aufenthaltsbereichs für die offene und gebundene Ganztagschule, Planung 2011 und Anmeldung zum Finanzhaushalt 2012 2. Planung einer Sporthalle mit einer weiteren Übungsstätteneinheit
Gymnasien					
ASG	5,0 bis 4,9	5,1 bis 4,8	-10 bis -4	-5 bis -3	<ol style="list-style-type: none"> 1. Durch Optimierung des bestehenden Raumangebots sind weitere Unterrichtsräume zu schaffen. 2. Die Sanierung des Schulgebäudes und der Turnhalle ist im Rahmen des Schulsanierungsprogramms 2008 bis 2014 vorgesehen. 3. Kostenermittlung für die Ausstattung im Rahmen der Generalsanierung und für die Einrichtung eines zusätzlichen Chemieraumes für die Anmeldung zum Haushalt. 4. Planung einer Sporthalle mit einer weiteren Übungsstätteneinheit
CEG	4,2 bis 4,1	4,1 bis 3,8	-8 bis -2	-2 bis 0	<ol style="list-style-type: none"> 1. Verlängerung der Mietverträge für zwei Unterrichtsräume mittelfristig weiterhin notwendig. 2. Die Sanierung der Musikkabinen im Dachgeschoss ist 2012 fortzusetzen.
ENG	4,0 bis 4,7	4,9 bis 4,8	-2 bis -3	-4 bis -3	Keine Maßnahmen erforderlich (Beschlüsse des Stadtrats von 2009 (6 zusätzliche Containerklassen) und 2010 (keine zusätzlichenn festen und mobile Räume)
GYF	2,4 bis 2,4	2,4 bis 2,3	3 bis 5	6	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Sanierung des Schulgebäudes ist im Rahmen des Schulsanierungsprogramms 2008 bis 2014 vorgesehen. 2. Kostenermittlung für die Ausstattung im Rahmen der Generalsanierung und Anmeldung zum Finanzhaushalt
MTG	4,2 bis 4,4	4,2 bis 4,0	-3 bis 1	1 bis 3	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Sanierung des Schulgebäudes und der Turnhalle ist im Rahmen des Schulsanierungsprogramms 2008 bis 2014 vorgesehen. 2. Kostenermittlung für die Ausstattung im Rahmen der Generalsanierung und Anmeldung zum Finanzhaushalt 3. Planung für einer Sporthalle mit einer weiteren Übungsstätteneinheit
OGY	5,3 bis 5,5	5,2 bis 5,0	-4 bis 1	3 bis 4	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Sanierung des Schulgebäudes ist im Rahmen des Schulsanierungsprogramms 2008 bis 2014 vorgesehen. 2. Kostenermittlung für die Ausstattung im Rahmen der Generalsanierung und Anmeldung zum Finanzhaushalt 3. Planung einer Sporthalle mit einer weiteren Übungsstätteneinheit
Berufliche Schulen					
WIR	4,6 bis 4,3	4,1 bis 4,0	-1 bis 0	1 bis 2	Keine Maßnahmen vorgesehen.
FOS/BOS	Sinkende Schülerzahlen ab 2012/2013 nach Schüler- und Absolventenprognose des Kultusministeriums		Kurzfristig fehlt ein Unterrichtsraum		Durch Optimierung des bestehenden Raumangebots ist kurzfristig ein weiterer Unterrichtsraum zu schaffen.
BS	gleichbleibende Klassen		Keine zusätzlichen Unterrichtsräume erforderlich		<ol style="list-style-type: none"> 1. Nicht mehr nutzbare Räume im gewerblichen Trakt, wie die Gasküche, die Backstube und ein Nadelarbeitsraum sind umzubauen und in Räume für den IT-Unterricht umzuwidmen. 2. Im gewerblichen Trakt sind veraltete Metallwerkstätten zurückzubauen. Sie werden seit dem Neubau des Werkstättentraktes nicht mehr benötigt. 3. Im Werkstättentrakt ist im Rahmen der vorgesehenen Sanierung im Jahr 2012 der Rückbau der Räume mit Waschanlagen vorzusehen. Die entstehenden neuen Räume werden als Projekträume der IT-Abteilung und als Gruppenarbeitsräume für die anderen Fachbereiche benötigt.
FST	gleichbleibende Klassen		Mehrbedarf wegen Modularisierung in den Fachbereichen Elektrotechnik und Maschinenbau		<ol style="list-style-type: none"> 1. Schaffung eines Aufenthaltsraumes für die Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Modularisierung 2. Erweiterung des Raumangebots für Unterricht in Wahlpflichtfächern 3. Schaffung eines behindertengerechten Zugangs zur Schule 4. Erweiterung des Lehrerzimmers und Funktionsverbesserung für Verwaltungsräume (Sekretariat und Schulleitung)

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen
(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Gemeinsam mit dem Gebäudemanagement und der Schulleitung sind die Umsetzungen der Maßnahmen zu planen und sind Kosten zu ermitteln, die zum Ergebnis- bzw. Finanzhaushalt anzumelden sind.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Umsetzung der Planungen nach einem festzulegenden Zeitplan

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung

Schulausschuss am 22.07.2010

Protokollvermerk:

Die Mitglieder des Schulausschusses werden über den Schulentwicklungsplan Teil II in der folgenden Sitzung beraten und beschließen.

gez. Lohwasser
Vorsitzender

gez. Mahns
Berichterstatteerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

I/40/MCA/T. 2605

40/030/2010

TOP: 10

Weiterbestand der didaktischen Angebote von "Solid"; Fraktionsantrag Nr. 252/2009 der SPD-Stadtratsfraktion

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö	Beschluss	einstimmig angenommen

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

ESTW

I. Antrag

Nach Auflösung von „solid“ wird der Bedarf der Schulen durch ein breit gefächertes Angebot des Energieberatungszentrums der ESTW abgedeckt.

Der Fraktionsantrag Nr. 252/2009 der SPD Fraktion ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Eine vielfältige Unterstützung der Schulen rund um das Thema Energie und Energieeinsparung soll auch nach der Auflösung von „solid“ gewährleistet werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Durch die Bereitstellung eines breiten Angebotes wie z.B. Betriebsbesichtigungen, Verleih von Umweltfilmen, Messgeräten und didaktische Unterstützung durch lernplanbezogene Unterlagen und Lehrmittel sowie durch verschiedene Veranstaltungen in den Schulen werden die Schulen gezielt unterstützt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die o.g. Angebote werden durch das Energieberatungszentrum der ESTW erbracht. Der Wegfall des „solid“-Angebotes wird nach Aussage der ESTW ausreichend kompensiert.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Anlagen:

SPD-Fraktionsantrag vom 06.10.2009;
Antwortschreiben der ESTW vom 11.05.2010.

III. Abstimmung

Schulausschuss am 22.07.2010

Ergebnis/Beschluss:

Nach Auflösung von „solid“ wird der Bedarf der Schulen durch ein breit gefächertes Angebot des Energieberatungszentrums der ESTW abgedeckt.

Der Fraktionsantrag Nr. 252/2009 der SPD Fraktion ist damit abschließend bearbeitet.

Protokollvermerk:

Frau Stadträtin Traub-Eichhorn bittet Amt 40, das Schreiben der ESTW auch den Schulen zur Kenntnis zu geben.

mit 13 gegen 0 Stimmen

gez. Lohwasser

Vorsitzender

gez. Mahns

Berichterstatteerin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

TOP: 11

Anfragen

Beratung	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	22.07.2010	Ö		

Beteiligte Dienststellen (intern)

Beteiligte Dienststellen (extern)

Protokollvermerk:

Es wurden folgende Anfragen gestellt:

1. Herr Höppel teilt mit, dass aufgrund des Neubaus des Familienstützpunktes in Büchenbach der bisher vorhandene Bolzplatz nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Aus diesem Grunde bittet er die Verwaltung zu prüfen, ob samstags eine stundenweise Öffnung des Sportplatzes der Grundschule Büchenbach Dorf möglich ist.
2. Frau Traub-Eichhorn bittet das GME um die Vorlage eines Konzepts, welches sicherstellen soll, dass
 - Wiederholte Sanierungen erst kürzlich erneuerter sanitärer Anlagen aus wirtschaftlichen Aspekten heraus vermieden werden.
 - bei Unvermeidbarkeit von kurz aufeinanderfolgenden Sanierungen, die noch brauch- und verwertbaren Anlagenteile entweder anderen Schulen zur Verfügung gestellt oder
 - bis zu einer Verwendung zwischen gelagert werden.Frau Stadträtin Graichen bittet ebenfalls um Zusendung der Antwort durch das GME.

gez. Lohwasser
Vorsitzender

gez. Mahns
Berichterstatterin

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Sitzungsende am 22.07.2010, 18:05 Uhr

Der Vorsitzende:

.....
Lohwassery

Der Schriftführer:

.....
Bayer

Kenntnis genommen

Für die CSU:

Für die SPD:

Für die Grüne Liste:

Für die FDP:

Für die Erlanger Linke:

Für die ÖDP:

Für die FWG: